

Grüne Klosterneuburg

BGU 



DONAUBRÜCKE - Klosterneuburg darf nicht zur Süd-Ost-Tangente werden!

Volksbefragung Donaubrücke

Grüne schützen vor SPÖ Umwelt-Inkompetenz

Grüner Pressespiegel

**Werte Leserin,
werter Leser!**

„Danubium iungiam pontem“, pontifex dixit. *

Kommt Ihnen das „lateinisch“ vor? Oder verstehen sie die Welt nicht mehr?

Beides ist möglich!

Auch mir helfen weder 5 Jahre Lateinunterricht noch 43 Jahre Klosterneuburgerin sein, um die Notwendigkeit des neuen sinnlosen Brücken-Straßenprojekts durch die Au zu verstehen.



GR Martina Enzmann
Tel. u. Fax: 26 730
martina.enzmann@gruene.at

Aber nun zur Sache: Sie sitzen an einem lauen Sommerabend beim Uferhaus; genießen den Blick auf der Donau schöne Wellen; lassen die Welt hinter sich, die Seele baumeln; beobachten das emsige Treiben auf der wunderbar antiquierten Fähre, das mühsame Schlichten von drei PKWs und zwei Fahrrädern. Eine Idylle.

Aber nicht mehr lange.

Geht es nach den Köpfen von der sowohl im Land wie auch in der Stadt regierenden ÖVP, und, in diesem Fall auch unterstützt von den Roten und den Blauen, dann ist bald Schluss mit lustig am Donaustrand.

Eine Brücke muss nämlich her!

Ja eine Brücke! Über die Donau mit Anschluss zur Donauuferautobahn! Zubringer von der Umfahrung quer durch die Au auf einer Stelzenstrasse!

Was das den Klosterneuburgern bringen wird, fragen Sie? Nun, nix wird es bringen, außer der Zerstörung eines Naherholungsgebietes, mehr Verkehr und mehr Dreck.

Was Sie dagegen tun können? Zum Beispiel die Grüne Unterschriftenaktion „**Klosterneuburg darf nicht zur Südost-Tangente werden**“ unterschreiben. Ja und am 6. März 2004 haben Sie die Wahl: zwischen den Au-Betonierern und den Grünen.

Also hingehen und wählen, nach Ihrem Gusto natürlich, aber hoffentlich eine Stimme für die Natur.

GRin Martina Enzmann

für das Grüne Redaktionsteam

PS: * „Ich werde eine Brücke über die Donau schlagen, sprach Bürgermeister (Schuh)“

OFFENLEGUNG nach § 25 MEDIENGESETZ:

IMPRESSUM: Herausgeber und Medieninhaber: Mag. Sepp Wimmer, Stadtplatz 23, 3400 Klosterneuburg.

Verlagspostamt: 3400 Klosterneuburg. Redaktion, Layout und graphische Gestaltung: Mag. Josef Machynka.

Druck: Druckerein Janetschek, Heidenreichstein, gedruckt nach der Richtlinie des Österreichischen Umweltzeichens.

Richtung: Grünes Informationsblatt für die Klosterneuburger Bevölkerung über Anliegen der Gemeindepolitik, Umweltschutz, Anti-Atompolitik und objektive EU-Berichterstattung.

Diese Zeitung ergeht an alle Klosterneuburger Haushalte (11.670).

Diese Zeitung kostet ca. Euro 4.000,- (Druck- und Versandkosten) und wird finanziert durch die Aufwandsentschädigungen der Klosterneuburger Grünen GemeinderätInnen.

Aktuelle Informationen finden Sie auch im Internet unter <http://www.klosterneuburg.gruene.at>

Inhalt

Seite

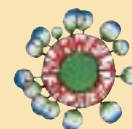
Editorial	2
„Klosterneuburg darf nicht zur Süd-Ost-Tangente werden“ - Donaubrücke: Grüne initiieren 1. Klosterneuburger Volksbefragung	3
Grüne schützen vor SPÖ Umwelt-Inkompetenz - Kein Mülltourismus nach Deutschland	5
Grüner Pressespiegel	6
Volksbefragung Donaubrücke	8

Termine

So. 6. März 2005

**NÖ Gemeinde-
ratswahl**

07.00-17.00 Uhr



Gedruckt nach der Richtlinie des Österreichischen Umweltzeichens „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“
Ing. Christian Janetschek · UWNr. 637

Donaubrücke: Grüne initiieren 1. Klosterneuburger Volksbefragung

„Klosterneuburg darf nicht zur Süd-Ost-Tangente werden“

Stadtrat Mag. Sepp Wimmer



STR Mag. Sepp Wimmer
Tel. u. Fax: 37504
sepp.wimmer@gruene.at

Mag die geplante Stadtplatzumfahrung innerhalb der Bevölkerung umstritten sein - die Grünen führen den Widerstand gegen dieses ineffiziente und unsinnige Projekt seit vielen Jahren an - so ist eine überwältigende Mehrheit der Klosterneuburger Bevölkerung geschlossen gegen ein Brückenprojekt durch die Klosterneuburger Au als Anbindung an die Donauuferautobahn (A 22). Wie schon zuvor andere hochrangige Politiker der mit absoluter Mehrheit regierenden ÖVP hat sich nun auch ÖVP Bgm. Schuh für den Bau einer Donaubrücke Korneuburg - Klosterneuburg durch die Klosterneuburger Au ausgesprochen. Er begründet dies unter anderem damit, dass die geplante Stadtplatzumfahrung den zusätzlichen Verkehr, den die Donaubrücke mit sich bringt, aufnehmen kann. Dies lässt aufhorchen! Wird die Stadtplatzumfahrung vom ÖVP Land Niederösterreich vielleicht nur deshalb finanziert, damit die in den Stoßzeiten überlastete Donauuferautobahn A22 eine Entlastungsstrecke bekommt? Vieles deutet immer mehr darauf hin, dass die Klosterneuburger Au zur „Süd-Ost-Tangente im Norden von Wien werden soll.

Die Donaubrücke Klosterneuburg - Korneuburg könnte als Ausweichstrecke die täglichen Staus der Einpendler auf der A22 (Donauuferautobahn) nach Wien im Bereich der Nordbrücke reduzieren. Die Ver-

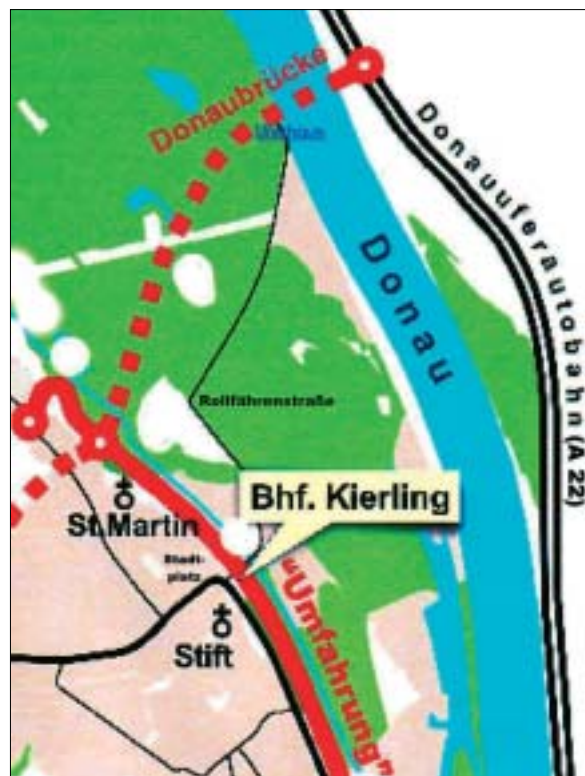
kehrsströme aus den nördlichen Einzugsgebieten (Stockerau, Horn, Hollabrunn etc.) würden sich am Autobahnanschlussknoten Korneuburg aufteilen und dann auch über die neue Donaubrücke Korneuburg - Klosterneuburg und weiter über die Klosterneuburger Umfahrung und die Wienerstraße nach Wien bewegen. Die beinahe täglichen morgendlichen Staus auf der Nordbrücke sind ja neben denen auf der Süd-Ost-Tangente die „Highlights“ in den Frühverkehrsnachrichten.

Schon seit Jahrzehnten „träumen“ ÖVP/SPÖ/FPÖ in trauter Einigkeit von einer Donaubrücke nach Korneuburg mit Anbindung an die Donauuferautobahn. Alle Grün-Bedenken hinsichtlich der Zerstörung der Auegebiete, der „ökologische Lunge“ Klosterneuburgs, wie auch der enormen Schadstoffzunahme und der beträchtlichen Lärmbelastung werden negiert. Auch dass die Brücke das Ende des beliebten Intreffs „Uferhaus“ bedeuten würde, wird nicht bedacht.

Bei der Klosterneuburger Bevölkerung führen diese Pläne seit jeher zu großen Befürchtungen hinsichtlich einer Verschlech-

terung der Lebensqualität. Es ist daher für die Klosterneuburger Grünen völlig undenkbar, dass dieses „Megaprojekt“ auf Kosten der Lebensqualität der Klosterneuburger Bevölkerung realisiert wird, ohne dass deren Meinung darüber, was sie verliert und was sie gewinnt, wenn diese Brücke gebaut wird, erhoben wird.

Die Grünen Klosterneuburg haben deshalb bei der Gemeinderatssitzung am 26. November 2004 mit einem Dringlichkeitsantrag erreicht,



Mögliche Anbindung Umfahrung Klosterneuburg - Donaubrücke (A22 - Donauuferautobahn)



Unberührte Aulandschaft soll Donaubrücke und Strassen weichen

dass vor dem Bau einer Donaubrücke Korneuburg - Klosterneuburg eine Klosterneuburger Volksbefragung durchzuführen ist. Der Gemeinderat hat darauf mit den Stimmen aller Parteien eine derartige Volksbefragung beschlossen. Der Zeitpunkt der Befragung wird nach dem genauen Festle-

gen des projektierten Standortes der Brücke fixiert.

Aber dieser Beschluss hat eine Schwachstelle. Jeder neue Gemeinderat kann diesen Beschluss wieder aufheben. Und gerade diesbezüglich gab es nun auch zahlreiche Rückmeldungen aus der Bevölkerung mit Bedenken hinsichtlich der „Haltbarkeit“ dieses Beschlusses von ÖVP/SPÖ/ und F. Für viele besorgte BürgerInnen ist dieser Beschluss keine Garantie und man verlangt mehr Sicherheit. Aus diesem Grund haben sich die Klosterneuburger Grünen entschlossen, die Volksbefragung durch einen „Initiativantrag der Bevölkerung (ca. 2.300 Unterschriften Klosterneuburger BürgerInnen) sicher zu stellen.

Was heißt das? Die NÖ Gemeindeordnung gibt der Bevölkerung das Recht mit Hilfe ausreichender Unterschriften eine Volksbefragung zu erzwingen. Für einen derartigen Initiativantrag müssen mehr als 10% der wahlberechtigten Bevölkerung unterschreiben. Bei ca. 23.000 Klosterneuburger Wahlberechtigten sind das ca. 2.300 Unterschriften. Werden diese Unterschriften als Initiativantrag ein-

gebracht, ist die Stadtgemeinde verpflichtet die Volksbefragung durchzuführen.

Die Klosterneuburger Grünen starten ab sofort unter dem Titel **„Klosterneuburg darf nicht zur Süd-Ost-Tangente werden“**, die Unterschriftensammelaktion für den Initiativantrag zur Durchführung der Volksbefragung über den Bau der Donaubrücke Korneuburg - Klosterneuburg. Der sofortige Start der Unterschriftensammelaktion hat auch den großen Vorteil, dass - sollten es sich ÖVP/SPÖ/ und F anders überlegen - unverzüglich mit der Einbringung des Initiativantrages zur Volksbefragung reagiert werden kann und nicht erst nach dem Anlassfall die langwierige Unterschriftenaktion gestartet werden muss.

Unterstützen Sie bitte die Klosterneuburger Grünen bei dieser Aktion! Und wenn es Ihrer politischen Überzeugung entspricht - stärken Sie die Grünen auch mit Ihrer Stimme bei der Gemeinderatswahl am 6. März. Jede Stimme für die GRÜNEN stärkt den Widerstand gegen dieses Brückenprojekt. Denn wir Grüne sind überzeugt, dass Klosterneuburg mit diesem Brückenprojekt viel mehr verlieren als gewinnen wird.

Formale Bestimmungen für eine kommunale Volksbefragung:

§16b, 3, NÖ Gemeindeordnung: Behandlung eines Initiativeantrages: „Betrifft die Initiative die Anordnung einer zulässigen Volksbefragung und wird diese Initiative von mehr als 10% der Wahlberechtigten unterstützt, muß der Gemeinderat die Volksbefragung anordnen.“

§64, NÖ Gemeindeordnung: Ausschreibung der Volksbefragung: „Der Bürgermeister hat die Volksbefragung binnen vier Wochen nach ihrer Anordnung auszuschreiben. Die Volksbefragung ist spätestens am sechsten, dem Tage der Ausschreibung folgenden Sonntag durchzuführen.“

„Klosterneuburg darf nicht zur Süd-Ost-Tangente werden“

Ich unterschreibe jetzt!

Eine Unterschriftslisten finden Sie auf der Rückseite dieser Sondernummer, auf unserer Homepage www.klosterneuburg.gruene.at, bei unseren Informationsständen (Sa. 26. Feb. und Sa. 5. März jeweils am Stadtplatz und in Weidling (Spar)), sowie unter 02243 / 375 04.

Grüne schützen vor SPÖ Umwelt-Inkompetenz

Kein Mülltourismus nach Deutschland

GRin Martina Enzmann

Bei der Gemeinderatssitzung am 26. November 2004 wurde im Umweltbereich ein Kapitel positiv abgeschlossen, welches ohne die Aufmerksamkeit der Grünen wieder äußerst negative Auswirkungen gehabt hätte: Seit Jahren wird der Klosterneuburger Klärschlamm auf die 14km entfernte Deponie „Langes Feld“ verbracht und dient ökologisch wertvoll als Abdichtungsmaterial für die dort abgelagerten Altlasten.

Dies sollte sich aber nach der EU-weiten Ausschreibung 2004 beträchtlich verändern, hätten sich die Grünen nicht einer unökologischen und umweltfeindlichen Entscheidung massiv entgegen gestellt.

Hier die Chronik der Ereignisse.

14. April 2004: In der Ausschusssitzung für Abfallwirtschaft und Abwasser-Entsorgung wird unter dem Vorsitz von SPÖ STR Loicht ein Antrag über die Neuvergabe der Entsorgung von jährlich ca. 3500t Klärschlamm aus der Kläranlage beschlossen. Bisher wurde dieser auf die Wiener Deponie „Langes Feld“ verbracht. Nach der europaweiten Ausschreibung unter SPÖ STR Loicht gab es nun einen neuen Bestbieter für die Entsorgung. Die deutsche Firma Hegewald sollte den Auftrag bekommen, den Klärschlamm 800km nach Waldbreitbach (nahe Köln) zur Verbrennung zu transportieren. Pikantes Detail am Rande: Der neue Vertrag war nicht billiger, sondern sogar teurer! Nichts desto trotz gab SPÖ STR Loicht sein O.K. zu dieser Vorgangsweise. Der Antrag kam zur Be-

schlussfassung auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung am 30. April.

26./27. April 2004:

Bei der Vorbereitung für die Gemeinderatssitzung stoßen die Grün-MandatarInnen erstmals auf diesen Antrag. Erstmals deshalb, weil ja ÖVP/SPÖ mit ihren Stimmen die Ausschüsse so begrenzt haben, dass die Grünen - mit Ausnahme des Prüfungsausschusses, dessen Größe gesetzlich geregelt ist - darin nicht vertreten sind. Die Grünen besorgen sich die Unterlagen zur Vergabe der Klärschlamm Entsorgung und beginnen zu recherchieren.

28. April 2004: Die Recherchen der Grünen ergeben, dass bei der Ausschreibung für die Vergabe im Ausschuss des zuständigen SPÖ Stadtrates Loicht wesentliche ökologische Kriterien nicht berücksichtigt worden waren. In der EU-weiten Ausschreibung fanden sich zwar die LKW-Normen wieder, jedoch NICHT das Kriterium der Entfernung zum Entsorgungsort. Die Grünen informieren die Presse.

30. April 2004: Am Tag der Gemeinderatssitzung erscheint im KURIER der Artikel „Klärschlamm geht auf die Reise“, in dem der zuständige SPÖ STR Loicht seine Vorgangsweise verteidigt: „Mir sind die Hände gebunden, ich kann nichts dagegen tun!“

Klärschlamm geht auf die Reise

Schwechat und Klosterneuburg lassen in Deutschland entsorgen

von Martin Bismar

Wohle Seiner Gnade der Klärschlamm aus dem beiden größten Städten des Bundes Wien-Umgebung aufzunehmen, die unregelmäßig ankommt, wird in Schweden werden jährlich rund 5000 Tonnen Schlamm aus der Großanlage der Kläranlage Hegewald per LKW nach 800 km in die deutsche Waldbreitbach (nahe Köln) zur Verbrennung transportiert. Klosterneuburg hat die Entsorgung der rund 3000 Tonnen Klärschlamm und Befehlsplaner Kläranlage neu ausgearbeitet - Bestbieter in diesem durch die Umweltministerin Schwanitz. Der entsprechende Beschluss soll heute im Gemeinderat gefasst werden.

„Wir müssen die Klärschlamm Entsorgung nach Kritik des Befehlshabers neu ausarbeiten“, sagt Umweltministerin Schwanitz. Einmalige Klärschlamm-Bilanz wurde der Schlamm auf die Wiener Deponie „Langes Feld“ gebracht, nun erhält die deutsche Firma Hegewald den Zuschlag. Detail am Rande: Der neue Vertrag ist nicht billiger, sondern sogar etwas teurer als der alte.

„Mülltourismus“ - Schwanitz kritisiert die Vergabe durch die Grünen der Bundesregierung.



Kläranlage Klosterneuburg: Bestbieter aus Deutschland

gischen Ministerin. Umweltministerin Martina Enzmann: „Die EU-weite Ausschreibung wurde nicht so durchgeführt, dass Maßnahmen nach Deutschland erforderlich sind. Wenn in der Praxiswertung der Ausschreibung mit Vorwissen für die Umweltministerin, aber keine Klärschlamm Entsorgung, dann können keine Klärschlamm Entsorgung“.

Der Bestbieter wird politisch Verantwortliche der Kläranlage, SPÖ-Stadtrats-

ten Loicht, sein Dramma nicht zurück: „Die Grünen haben ein politisches Gebot eine geeignete Entsorgung“.

Glücklich mit der Entscheidung in Deutschland für die Hände gebunden, ich kann nichts dagegen tun.“

Wahler der Klosterneuburger Klärschlamm tatsächlich transportiert wird, ist auch offen. Der Chef des deutschen Entsorgungsbereichs, Volker Hegewald, verbindet mit der Deponie „Langes Feld“: „Die nötige neue Entsorgung in Österreich ist ebenso möglich wie der Transport des Mülls nach Deutschland.“ Zusätzliche Umweltministerin Enzmann: „Die Leute müssen über den Müll informiert werden.“

GEMEINDERAT

Anträge gegen Amtshaus, für Friedhof

Neben der Neuausschreibung der Klärschlamm Entsorgung stehen 5 weitere Anträge auf der Tagesordnung der heute Abend stattfindenden Sitzung des Gemeinderats (Klosterneuburg). Stadtratsministerin Schwanitz - die meisten durch die Grünen über längere Debatte beschlossen werden.

Kritik der FPÖ gegenüber Vorhaben, Anträge für ein eigenes Amtshaus für die Katastrophenschutzstelle zu errichten. Zudem wird die Friedhofsanlage im 17. Bezirk für ein „umfassendes“ Amtshaus für einen öffentlichen Dienstbereich. Zudem werden die Ka-

ren für das Gelände mit 100 m Nordseite ist zu hoch. Neben parallel verlaufende Hauptstraße: Die Grünen fordern ein Projekt zur Revitalisierung des öffentlichen Friedhofs, das Umweltministerin Enzmann will die Sicherheit im Hauptstadteil prüfen sowie Grünflächen im Parkfeld.

Kurier 30. 4. 2004, Klärschlamm Entsorgung

30. April 2004, 17:00h: Beginn der Gemeinderatssitzung: Zur Überraschung aller setzt Bgm. Schuh den Tagesordnungspunkt Nr. 46 „Vergabe von Klärschlamm Entsorgung“ ab. Der Tagesordnungspunkt wird nicht verhandelt, die Beschlussfassung verlagert.

7. Mai 2004: Im STANDARD erscheint der Artikel „853 Kilometer bis zur Klärschlamm Entsorgung“, in dem seitens der Stadtgemeinde die notwendige Neuausschreibung mit einem „Formalfehler in der Ausschreibung“ begründet wird.

26. November 2004: Per einstimmigem Beschluss erfolgt die Vergabe der Klärschlamm Entsorgung nach Überarbeitung der Ausschreibung wieder an die Wiener Deponie „Langes Feld“.

Ökologisches Fazit der Geschichte: Wo den anderen Parteien, insbesondere der SPÖ, bereits „die Hände gebunden“ sind, erreichen die Grünen noch immer umweltbewusste Lösungen.

NÖN 1.12.2004

Grün-Stadtrat Mag. Sepp Wimmer Attackiert, dass nach der ÖBB-Haltestelle Kahlenberggordorf auch der Bahnhof Unterkritzendorf dem Spar-ÖBM zum Opfer fällt. „Die Gemeinde muss jetzt Druck machen.“



SPARMASSNAHMEN / Nicht nur die ÖBB-Haltestelle Kahlenberggordorf wird stillgelegt, auch für die Station Unterkritzendorf gibt es derzeit keine Bestandsgarantie.

Grüne fürchten Aus für Bahnhof Unterkritzendorf

VON THOMAS SCHINDLER

Am 22. Dezember ist es soweit: Da wird die Schraffbahn-Güterstrecke Kahlenberggordorf angeschlossen. Wegen so geringer Investitionskosten, wie die ÖBB vorläufige über NÖN berichtet, freut sich der ÖBB-Verwaltungsdirektor. Auch für die Haltestelle Unterkritzendorf gibt es keine Bestandsgarantie. „Die Gemeinde muss jetzt aufpassen, dass diese wichtige Bahn-Stop-Station bleibt.“

„Das die Güter-Station Unterkritzendorf stehen wichtig ist, auch für Grün-Stadtrat Mag. Sepp Wimmer selber. „In der Nähe ist das Klein- und Pflegeheim der Kahlenberggordorf. Viele Pflege und Bewohner kommen mit der Bahn. Wenn die Haltestelle aufgegeben wird, gibt es keine brauchbare öffentliche Anbindung mehr.“ Die Bau-

schon, die auf der Hauptstraße stehen, so Wimmer, seien auf Grund der langen Zeitintervalle keine wirkliche Alternative. „Nur nur durch das Pflegeheim auf das Gebiet rund um die Station Unterkritzendorf ein nicht bestehendes „Güterstrecke“ werden nach Wien und zurück. Die Strecke diese Haltestelle ist. Es muss eine Initiative der Gemeinde geben. Sie soll mit der ÖBB Kontakt aufnehmen und darauf bestehen, dass der heutige Bahn-Stop-Station einen alten Bestandes erhalten bleibt.“

Durch die Stilllegung der Station Kahlenberggordorf und Wimmer nach ein bestehendes Problem: „Wenn es die Haltestelle nicht mehr gibt, wird die Zonen-Gemeine Müllabfuhr-Station unerschicklich nach Naudorf verlegt. Wir – und die meisten ich alle politischen Fraktionen – haben immer versucht, dass Klosterneburg mit Wimmer Zone 100 bleibt. Dann könnte man sich nur einen Fahrstreifen nach Wien liefern.“

„Wenn es nicht bleibt, was die Zonen-Gemeine nun zurück nach Naudorf stellt, ist dieser Zug dann für uns immer abgefahren.“



Ab 12. Dezember ist die Gewerkschaft...

NÖN 1.12.2004



ALARM / Wegen Mauerarbeiten für ein Wohnbauprojekt in der Mauerstraße könnte der sieben Meter hohe und 200 Jahre alte Stützmauer des Ankersteins in der Waisenstraße und Don-Gemeinde Müllhaufen in Angst.

Gefahr: Mauer droht einzustürzen

VON THOMAS SCHINDLER

Wird in der Waisenstraße Mauerarbeiten für ein Wohnbauprojekt in der Mauerstraße...

Die Gefahr ist, dass die Mauer einstürzt. Die Mauer ist ein Ankerstein in der Waisenstraße und Don-Gemeinde Müllhaufen in Angst.

Die Gefahr ist, dass die Mauer einstürzt. Die Mauer ist ein Ankerstein in der Waisenstraße und Don-Gemeinde Müllhaufen in Angst.

Die Gefahr ist, dass die Mauer einstürzt. Die Mauer ist ein Ankerstein in der Waisenstraße und Don-Gemeinde Müllhaufen in Angst.

Die Gefahr ist, dass die Mauer einstürzt. Die Mauer ist ein Ankerstein in der Waisenstraße und Don-Gemeinde Müllhaufen in Angst.

Die Gefahr ist, dass die Mauer einstürzt. Die Mauer ist ein Ankerstein in der Waisenstraße und Don-Gemeinde Müllhaufen in Angst.

Die Gefahr ist, dass die Mauer einstürzt. Die Mauer ist ein Ankerstein in der Waisenstraße und Don-Gemeinde Müllhaufen in Angst.

Die Gefahr ist, dass die Mauer einstürzt. Die Mauer ist ein Ankerstein in der Waisenstraße und Don-Gemeinde Müllhaufen in Angst.

Die Gefahr ist, dass die Mauer einstürzt. Die Mauer ist ein Ankerstein in der Waisenstraße und Don-Gemeinde Müllhaufen in Angst.

Die Gefahr ist, dass die Mauer einstürzt. Die Mauer ist ein Ankerstein in der Waisenstraße und Don-Gemeinde Müllhaufen in Angst.

Die Gefahr ist, dass die Mauer einstürzt. Die Mauer ist ein Ankerstein in der Waisenstraße und Don-Gemeinde Müllhaufen in Angst.

Die Gefahr ist, dass die Mauer einstürzt. Die Mauer ist ein Ankerstein in der Waisenstraße und Don-Gemeinde Müllhaufen in Angst.

„POSTGIPFEL“ / Nach Gespräch im Rathaus: Grün-Stadtrat Wimmer attackiert Postvertreter. „Die Schließung der Stadtplatz-Filiale ist fix. Die wollten gar nicht verhandeln.“ Post kontert.

Grüne: „Post täuscht die Bürger“

VON THOMAS SCHINDLER

Schwere Geschütze gegen die Post führt Grün-Stadtrat Mag. Sepp Wimmer nun auf. Anlass: Ein kürzlich abgehaltener „Postgipfel“ wegen der bevorstehenden Schließung der Filiale am Klosterneuburger Stadtplatz 23, an dem auch Bürgermeister Dr. Gottfried Schuh und SPÖ-Stadtrat DI Peter Hofbauer teilnahmen. „Das Gespräch mit den

Postvertretern war eine Farce. Verhandelt wurde gar nichts, sondern nur diktiert.“ Die Schließung der Filiale sei fix, reden könne man nur über Alternativen, wie Postpartner (ein Großfilial oder anderer Betrieb, der Postaufgaben übernimmt). Wimmer: „Diese können mit den Postaufgaben nicht wirklich viel verdienen. Die Gefahr, dass sie nach kurzer Zeit das Handtuch werfen, ist groß.

Anderer Banken hingegen werden nicht zugelassen.“ Postsprecher Michael Homola versteht die Aufregung überhaupt nicht: „Mit der PSK-Bawag, die nichts mit der Post zu tun hat, gibt es eine Kooperation. Auch die anderen Postpartner, wie zum Beispiel Apotheken oder Tankstellen, können ihren Umsatz bis zu 20 Prozent steigern. Vertrags-Kündigungen gab es bisher so gut wie nie.“

Kurier 5.1.2005

Freiluft-Kino vor Rathaus

VON STEPHAN FUCHS

Die Vertragsverhandlungen sind in der Endphase, der Gemeinderat gab bereits Grünes Licht: Im kommenden Sommer wird es ein großes Freiluftkino in Klosterneuburg geben. Vorausgesetzt würde es bereits von zwei Jahren von den Grünen. Sie bauten in der Hundsköhle eine Leitwand auf und ermöglichten den Klosterneuburgern Filmgenuss vor freiem Himmel. Jetzt wird dieses Angebot - so wie in vielen Städten auch - institutionalisiert. Die Stadtgemeinde wird im August drei Wo-

chen lang jeden Abend open-air-Vorgänge schaffen. „Wir starten am Ende der ersten Augustwoche, am Donnerstag den 4. oder Freitag den 5. Ab da gibt es tägliche Filmvorführungen bis zum Monatsende“, lässt sich Bärenbergerhalle-Chef und Leiter des Kulturamtes, Mag. Franz Brenner in die Karten blicken. Er verhandelt gerade mit einer professionellen Betriebsgesellschaft die letzten Details aus. Eines der wichtigsten davon: Der Standort des Freiluftvergnügens. Brenner: „Derzeit sind noch drei Plätze in der End-Liste. Die

größten Chancen hat aber der Rathausplatz“. Dort könnte neben dem Kinobereich auch ein breites Gastronomie-Angebot entstehen. Themenkino mit jeweils wechselnden Schwerpunkten Der Eintritt für die Film-Vorführungen wird jeweils fünf Euro betragen, dafür bekommt man moderne Kinobits genauso wie Klassiker zu sehen. „Wir wollen ein Themenkino einrichten, das sich für jedes Wochenende oder für ganze Wochen eigene Schwerpunkte setzt. Ich könnte mir vorstellen, dass wir etwa an

einem Abend einen großen Klassiker spielen und danach seine modernen Remakes“, erklärt Brenner. Abgerundet wird das Filmangebot nicht nur durch gastronomische Genüsse, sondern auch durch Extra-Veranstaltungen. Erwa Live-Auftritte von heimischen Künstlern. Die Kosten für das Projekt betragen in Summe etwa 75.000 Euro, wovon rund 60.000 durch die Einnahmen und Sponsoren gedeckt werden sollen. Die restlichen 15.000 Euro wird die Stadtgemeinde zuschießen, das wurde bereits beschlossen.

NÖN 15.12.2004



